

3810/J XX.GP

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend staatliche Familienleistungen

In der Fragestunde vom 22. Jänner 1998 haben Sie unter anderem erwähnt, daß sie sich vorstellen können, daß es für Einkommen über 1,5 Mio jährlich keine zusätzlichen staatlichen Leistungen geben soll, sofern dies verfassungsrechtlich möglich ist.

Das vorgesehene Paket zur Reformierung der staatlichen Familienleistungen sieht unseres Wissens keine Einkommensbeschränkungen vor.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Haben Sie untersuchen lassen, ob eine solche verfassungsrechtliche Möglichkeit besteht?
2. Wie war das Resultat dieser Untersuchung?